

Protest am Unteren Wöhrd

Anwohner warten gespannt auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts

Von Stefan Aigner

Eine Woche ist es her, dass sich knapp 120 Anwohner der Wöhrdstraße mit einem offenen Brief an ihre Stadträte wandten und sich gegen die Bebauung durch die „7 Haus GmbH“ am Unteren Wöhrd wandten. Der Bitte um Stellungnahme ist bislang nur Christian Schlegl nachgekommen, der versprochen hat, die aufgeworfenen Fragen nach den Pfingstferien „noch einmal“ in der CSU-Fraktion zu thematisieren.

Und das sind einige, unter anderem: Weshalb wird ohne den 1999 versprochenen Bebauungsplan gebaut? Wo bleiben der im Dialogverfahren 2001 ausgehandelte naturnahe



Wie geht's weiter mit der Baugrube am Unteren Wöhrd? Die Anwohner fordern eine nochmalige Diskussion. Foto: pm

Hochwasserschutz und die „Schaffung von Erholungs- und extensiven Spielflächen“? Beim momentanen Bauprojekt bleibt lediglich ein schmaler Uferstreifen und eine mehrere Meter hohe Schutzmauer aus Beton.

Auch das Verhalten der Genehmigungsbehörde wirft bei den Anwohnern Fragen auf. Weshalb wurde das Vorhaben

innerhalb kürzester Zeit am Stadtrat vorbei genehmigt? Weshalb hat OB Hans Schaidinger bei seinem Duz-Freund, Umweltminister Werner Schnappauf, persönlich um eine Ausnahmegenehmigung für die Bebauung im Hochwassergebiet nachgesucht?

Inwieweit diese und weitere Fragen beantwortet werden, hängt vor allem von der Ent-

scheidung des Verwaltungsgerichts ab, das Anfang Juni über den Eilantrag eines Anwohners auf sofortigen Baustopp befindet. Bis zu dieser Entscheidung hatte der Bauherr zugesagt, die Arbeiten ruhen zu lassen. Verhaltenen Baggereinsatz gab es in den vergangenen Tagen aber dennoch.

Protest-Aktion: „7 Häuser gehen baden“

„Solar Quarter II – Nein Danke“, „Grün statt Geld“ oder „7 Häuser gehen baden“ heißt es auf den Transparenten, mit denen die Wöhrdler seit letzter Woche ihrem Unmut öffentlich Ausdruck verleihen. Auf der frisch eingerichteten Homepage www.gruener-woehrd.de werden Unterschriften gesammelt, die vor einer weiteren Bebauung insbesondere eine nochmalige Abwägung aller Interessen fordern. Für das kommende Wochenende sind weitere Protestaktionen geplant. Unter anderem soll das Dialogverfahren zu Grabe getragen werden.

Kommentar

Fernab vom Bürger



von Stefan Aigner

Viele Versprechungen gab es im Jahre 1999, um dem Bürgerbegehren gegen die Bebauung des Unteren Wöhrd „abzuhelfen“, für das bereits 6.000 Bürger unterschrieben hatten. In einem umfangreichen Dialogverfahren wurde eine Konsenslösung – unter anderem ein Bebauungsplan und naturnaher Hochwasserschutz – erarbeitet und der Bürger gab sich zufrieden. Hoffte er doch, dass sich die Stadt an solche Beschlüsse gebunden fühlen würde.

Heute – sieben Jahre später – sind die Versprechungen vergessen. Trotz der äußerst sensiblen Vorgeschichte (man erinnere sich an das „Solar Quarter“ des berühmten Architekten Sir Norman Foster) wurde das Bauprojekt „Inselpark“ nun in rekordverdächtiger Geschwindigkeit am Stadtrat vorbei über die Verwaltung genehmigt, wo es auch noch verwandtschaftliche Beziehungen zum Bauherrn gibt. Das ist suspekt.

Ergebnisse des Dialogverfahrens spielten dabei keine Rolle. Das ist blöd.

Der OB persönlich interveniert sogar beim bayerischen Umweltminister, um eine Ausnahmegenehmigung für die Bebauung zu erhalten. Das ist seltsam.

Proteste der Anwohner stoßen auf taube Ohren. Das kennt man – leider.

Möglicherweise ist dieses Vorgehen juristisch einwandfrei – in Ordnung ist es nicht! Die Bürger, die Zeit und Energie in das Dialogverfahren investiert haben, und deren Willen durch ein solches Verhalten mit Füßen getreten wird, dürfen sich zu Recht *verarscht* fühlen. Transparenz und ehrliche Dialogbereitschaft sehen anders aus.

Dass es nun Spekulationen über „städtischen Filz“ gibt, haben sich Stadtspitze und Verwaltung allein selbst zuzuschreiben. Ignoranz und Arroganz gegenüber dem Bürger – das ist noch der geringste Vorwurf, den sich die Entscheider für ihr Verhalten gefallen lassen müssen. Und der ist eigentlich schlimmer genug ...